

Günter Weinert*

Erhöhte Risiken für die Weltwirtschaft

Mit rund 4% nahm die Weltproduktion im vergangenen Jahr erneut rasch zu. Im Laufe des zweiten Halbjahres kam es jedoch aufgrund der schweren Finanzkrise in Südostasien zu erheblichen retardierenden Einflüssen. Verschiedentlich wird sogar befürchtet, daß die Krise auf andere Regionen übergreift und weltweit in eine Deflation oder gar Depression mündet. Sind diese Befürchtungen berechtigt?

Das hohe wirtschaftliche Wachstum in den asiatischen Schwellenländern ging seit einiger Zeit mit zunehmenden makroökonomischen Ungleichgewichten und wachsenden strukturellen Problemen einher. Trotz hoher Leistungsbilanzdefizite und Auslandsverbindlichkeiten hielt der Zustrom von – großenteils kurzfristigem – Auslandsgeld jedoch zunächst an. Ausländische Anleger und Gläubiger wie nationale Schuldner vertrauten offenbar darauf, daß die Wechselkursbindungen aufrechterhalten würde. Thailand konnte dem Druck auf seine Währung Anfang Juli jedoch nicht mehr standhalten. Die Freigabe des Baht-Kurses löste eine Kapitalflucht und damit eine starke Abwertung sowie einen Verfall von Aktienkursen und Immobilienpreisen aus, und das Banken- und Finanzsystem geriet zunehmend in Schwierigkeiten. Zugleich wurden andere Länder der Region „neu bewertet“, so daß sich die Finanzkrise rasch auf Malaysia, die Philippinen und Indonesien ausbreitete.

Finanzkrise in Südostasien

Nachdem die Finanzkrise eine Zeitlang auf einige südostasiatische Länder begrenzt war, griff sie im Oktober auf andere Regionen über. An fast allen Aktienbörsen stürzten die Kurse. Vor allem in Nordamerika und in Westeuropa aber fingen sie sich rasch und erholten sich wieder, wenn auch nicht auf ein Niveau wie zuvor. Zudem gerieten die Währungen anderer Schwellenländer unter Druck, wurden dort aber durch rasche Anpassungsmaßnahmen, häufig

insbesondere durch beträchtliche Zinsanhebungen, aufgefangen. In Fernost hingegen breitete sich die Krise auf weitere Länder, vor allem nach Südkorea, aus. Auch die Währung Taiwans wertete zuletzt ab. Lediglich Hongkong widerstand dem Druck durch eine drastische Anhebung der Zinsen. Trotz umfangreicher Unterstützung aus dem Ausland hält die Finanzkrise in den meisten fernöstlichen Schwellenländern an, nicht zuletzt weil einige Regierungen notwendige Kurskorrekturen in der Wirtschaftspolitik nur zögerlich einleiteten. Dies schürt Befürchtungen, es könne zu einer Globalisierung der Krise kommen.

„Ansteckungsgefahren“ bestehen insbesondere über die globalen Finanzmärkte sowie über den internationalen Leistungsaustausch. In der Finanzsphäre bildet vor allem die hohe Auslandsverschuldung der Krisenländer einen wichtigen Risikofaktor. Diesem kommt besonderes Gewicht zu, weil fast zwei Drittel der gesamten Bankkredite kurzfristiger Art sind. Mit umfangreichen internationalen Hilfen und Umschuldungen einerseits sowie einer zunehmenden Bereitschaft in den meisten betroffenen Ländern zu grundlegenden Reformen und zur Umstrukturierung des Bankensektors andererseits dürfte aber eine Bewältigung der Finanzkrise gelingen. Zudem befindet sich das Bankensystem in Nordamerika und in Westeuropa in einer besseren Verfassung als Anfang der 80er Jahre, so daß größere Abschreibungen auf Forderungen leichter „verkräftet“ werden können.

Der größte Teil der Forderungen an die asiatischen Schwellenländer entfällt indes auf japanische Banken.

Dr. Günter Weinert, 56, ist Leiter der Forschungsgruppe Konjunkturanalysen und -prognosen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung Hamburg.

* Zu einer ausführlichen Analyse der konjunkturellen Entwicklung vgl. Wolfgang Crinus, Klaus Matthias, Günter Weinert: *Erhöhte Risiken für die Weltwirtschaft*, in dem in Kürze erscheinenden HWWA-Report Nr. 171, Hamburg 1998.

Ihre langjährigen Bemühungen um Konsolidierung erleiden durch die erforderlichen Wertberichtigungen erneut einen Rückschlag. Nicht zuletzt durch staatliche Unterstützung dürfte aber eine weitreichende Erschütterung des Finanzsystems der größten Gläubigernation abgewendet werden. Zudem tragen die geldpolitischen Instanzen in großen Industrieländern der „sensiblen“ Finanzmarktlage Rechnung. Namentlich die amerikanische Zentralbank kündigte einen Verzicht auf eine – allgemein erwartete – kurzfristige Erhöhung der Leitzinsen an. Insgesamt wird davon ausgegangen, daß die Schuldenkrise in Fernost, wie die – wohl größere – Anfang der 80er Jahre, bewältigt wird.

Annahmen der Prognose

Für die Prognose wird deshalb unterstellt, daß es von dieser Seite her nicht zu massiven Störungen der konjunkturellen Entwicklung in der übrigen Welt kommt. Für die „emerging markets“ sind die „Risiko-prämien“ aber generell gestiegen. Infolge der höheren Zinsen werden die Wachstumsaussichten nicht zuletzt in Osteuropa und in Lateinamerika gedämpft.

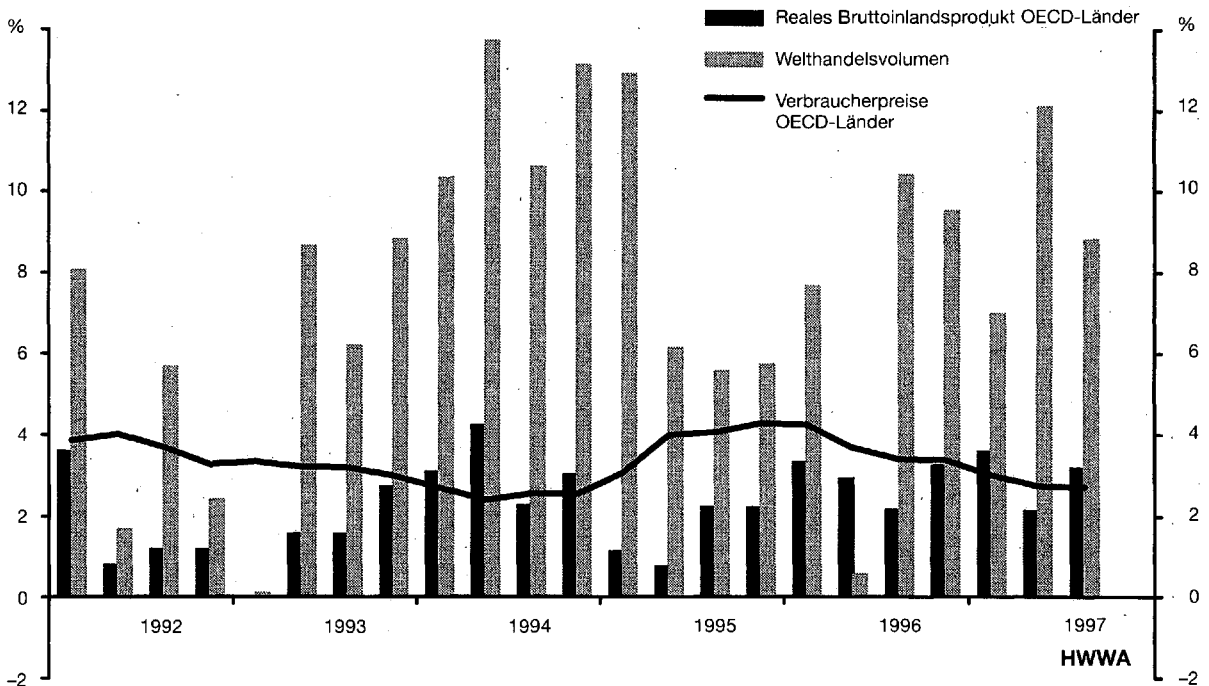
Mit einem glaubwürdigen Konzept zur Lösung der Schuldenkrise wird auch das Kapital nicht mehr aus

den ostasiatischen Ländern fliehen. Angesichts der exzessiven Abwertung der Krisenwährungen dürfte es vielmehr wieder zu Zuflüssen kommen, so daß sich eine Tendenz zur Wiederaufwertung durchsetzen wird. Der Prognose sind deshalb für den Jahresdurchschnitt 1998 Kursrelationen gegenüber dem US-Dollar wie am Jahresende 1997 zugrunde gelegt. Für die Währungen der Industrieländer ist unterstellt, daß die gegenwärtigen Relationen fortbestehen.

Der Kursverfall bei Aktien wird in den ostasiatischen Schwellenländern mit einer Lösung der Schuldenkrise und einer Stabilisierung der Wechselkurse zumindest beendet. Für die Industrieländer wird deshalb ein erneuter Börsencrash – mit spürbaren dämpfenden Wirkungen auf die Konjunktur – ausgeschlossen.

Diese Annahmen mögen angesichts der fortwährenden Krise optimistisch erscheinen. Zu einer ungünstigeren Entwicklung käme es insbesondere dann, wenn sich die Entwicklung auf den Finanzmärkten insbesondere in Japan, der zweitgrößten Wirtschafts- und größten Gläubigernation, zuspitzen sollte. Nicht zuletzt die Unterstützungsmaßnahmen der Regierung für das japanische Bankensystem dürften dies aber verhindern.

Schaubild 1
Indikatoren zur Weltkonjunktur¹

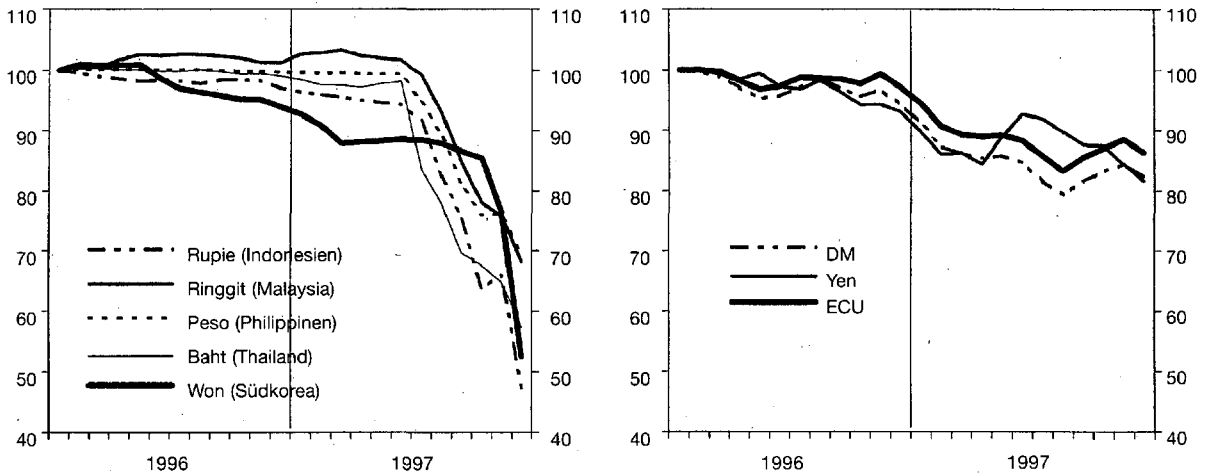


¹ Laufende Jahresraten, Verbraucherpreise (ohne Türkei): Vorjahresvergleich in %; teilweise aufgeschätzt.

Quellen: OECD; IWF; Berechnungen des HWWA.

Schaubild 2

Außenwert ausgewählter Währungen gegenüber dem US-Dollar (Januar 1996 = 100)



Quellen: Deutsche Bundesbank; IWF; PACIFIC Exchange Rate Service.

Dämpfende Effekte

Nachhaltige Auswirkungen sind indes über die internationalen Leistungsströme zu erwarten. Sie ergeben sich aus der kräftigen Abschwächung der wirtschaftlichen Expansion in den Krisenländern, vor allem aber infolge der drastischen Verschiebungen im Währungsgefüge. Das Wachstum wird sich in den Krisenländern zunächst deutlich verlangsamen. Zum Abbau der strukturellen Ungleichgewichte werden ordnungspolitische Reformen, die letztlich auf eine Liberalisierung in verschiedenen Sektoren und damit auf eine Stärkung des Wettbewerbs hinauslaufen, sowie makropolitische Restriktionen ergriffen. Die Inlandsnachfrage wird sich daher zunächst stark abflachen, in einigen Ländern erstmals seit Jahren wohl sogar sinken.

Von der Außenwirtschaft hingegen werden insbesondere wegen der abwertungsbedingt drastischen Verbesserung der internationalen Wettbewerbsposition kräftige Anregungen ausgehen; im zweiten Halbjahr 1997 hat sich der Wert der meisten Währungen gegenüber dem Dollar annähernd halbiert (vgl. Schaubild 2). Die fernöstlichen Schwellenländer werden dies bei schwacher Inlandsnachfrage für eine Exportoffensive nutzen. Da der Austausch zwischen den relativ eng verflochtenen fernöstlichen Ländern kaum zunehmen wird, dürfte die Ausfuhr in andere Regionen kräftig gesteigert werden, insbesondere nach Nordamerika und Westeuropa. Der Außenbeitrag wird sich

unter diesen Umständen drastisch verbessern. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird daher im Jahresergebnis 1998 wohl etwas höher sein als 1997.

Für die Industrieländer und auch für die übrige Welt ergeben sich entsprechend dämpfende Effekte. Diese sind von Land zu Land je nach Intensität des Leistungsaustausches mit den fernöstlichen Ländern unterschiedlich. Infolge einer vergleichsweise engen Außenhandelsverflechtung ist Japan relativ stark betroffen: Rund ein Fünftel der japanischen Ausfuhr geht dorthin, und ein Sechstel der Einfuhr stammt von dort. In den USA und in Westeuropa ist der Außenhandelsanteil Südasiens weit geringer.

Zu den direkten Effekten über den bilateralen Außenhandel kommen weitere dämpfende Einflüsse aufgrund der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit fernöstlicher Anbieter auf Drittmärkten. So werden die fernöstlichen Schwellenländer die Ausfuhr insbesondere nach Nordamerika und Westeuropa zu Lasten der Industrieländer ausweiten. Insgesamt sind die direkten und indirekten Handelseffekte für die einzelnen Industrieländer unterschiedlich. Sie werden für Japan erheblich ausgeprägter sein als für die USA und Westeuropa.

Damit kommt es zu teilweise drastischen Veränderungen der Leistungsbilanzsalden. Durch die Änderungen der Terms of Trade werden sie vorerst lediglich überdeckt. In den ostasiatischen Schwellenländern

werden die hohen Defizite wohl weitgehend abgebaut, und in Japan wird der Überschuß sicherlich weiter steigen. Demgegenüber wird der Überschuß in Westeuropa geringer werden und das ohnehin hohe Defizit der USA wieder zunehmen. Dies könnte erneut zu handelspolitischen Konflikten insbesondere zwischen Japan und den USA führen. Hier wird jedoch unterstellt, daß keine nennenswerten protektionistischen Tendenzen induziert werden; sie würden eine Überwindung der internationalen Finanzprobleme erschweren und damit die Gefahren für die Weltkonjunktur erhöhen.

Wieder Konjunkturschwäche in Japan

Der Einfluß externer Schocks auf die kurzfristige wirtschaftliche Entwicklung eines Landes hängt indes nicht nur von der „rechnerischen“ Bedeutung für die außenwirtschaftlichen Leistungsströme ab, sondern auch vom konjunkturellen „status“ eines Landes. Unter diesem Aspekt erscheint Japan ebenfalls beson-

ders betroffen. Die im Vergleich zu den anderen Industrieländern relativ kräftige Dämpfung des Exports trifft das Land in einer Phase langanhaltender Konjunktur- und Wachstumsschwäche. Im vergangenen Winterhalbjahr schien sich zwar eine konjunkturelle Belebung durchzusetzen. Die Ausfuhr nahm nicht zuletzt infolge eines seit dem Frühjahr 1995 deutlich gesunkenen Außenwertes des Yen stark beschleunigt zu. Auch die private Inlandsnachfrage stieg zügig. Die Aufwärtstendenz setzte sich danach aber, vor allem aufgrund fiskalischer Restriktionen, nicht mehr fort. Infolge deutlich verringerter öffentlicher Ausgaben (einschließlich der Anlageinvestitionen öffentlicher Unternehmen) und privater Wohnbauinvestitionen war die Inlandsnachfrage im vergangenen Jahr sogar etwas niedriger als im Jahre 1996. Seit dem Sommer steigt zudem die Ausfuhr nicht zuletzt infolge der Wirtschaftskrise in den Nachbarländern deutlich langsamer. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich so im Jahresergebnis 1997 nur wenig.

Kennzahlen zur Weltkonjunktur

	Reales Bruttoinlandsprodukt (Vorjahresvergleich in %)					Verbraucherpreise ¹ (Vorjahresvergleich in %)					Arbeitslosenquoten ² (Jahresdurchschnitt)				
	1987 bis					1987 bis					1986 bis				
	1995 ^a	1996	1997 ^b	1998 ^b	1999 ^b	1995 ^a	1996	1997 ^b	1998 ^b	1999 ^b	1995 ^a	1996	1997 ^b	1998 ^b	1999 ^b
USA	2,3	2,8	3,75	2,25	2,0	3,7	2,9	2,25	2,0	2,5	6,3	5,4	5,0	5,0	5,0
Kanada	2,1	1,5	3,75	3,0	2,5	3,3	1,6	1,5	1,5	1,5	9,5	9,7	9,25	9,0	8,75
Japan	3,0	3,9	0,75	0,75	2,0	1,4	0,1	1,7	0,75	0,5	2,5	3,4	3,25	3,5	3,5
Belgien	2,3	1,5	2,25	2,75	2,5	2,4	2,1	1,6	1,5	1,75	8,6	9,8	9,5	9,5	9,25
Deutschland ³	2,3	1,4	2,3	2,6	2,6	2,7	1,5	1,75	2,0	2,0	6,2	8,9	9,75	9,5	9,75
Dänemark	1,5	2,7	3,0	2,5	2,5	2,9	2,1	2,0	2,5	2,5	10,0	6,9	6,5	6,0	5,75
Finnland	1,3	3,3	5,0	4,0	3,0	3,7	0,6	1,25	1,5	2,0	9,6	15,3	14,5	13,5	12,5
Frankreich	2,1	1,5	2,25	2,75	2,75	2,7	2,0	1,25	1,5	1,75	10,4	12,4	12,5	12,25	12,0
Griechenland	1,8	2,6	2,25	3,0	3,0	14,7	8,2	6,0	4,5	3,5	8,3	10,3	10,5	10,25	10,0
Großbritannien	2,1	2,3	3,5	2,25	2,0	4,8	2,4	3,0	3,0	2,5	9,3	8,2	7,25	6,75	6,5
Italien	2,0	0,7	1,25	2,0	2,75	5,3	3,9	1,75	2,0	2,5	10,0	12,0	12,0	12,0	11,75
Irland	5,9	7,9	7,0	6,5	6,0	2,7	1,6	1,5	1,5	1,5	15,0	11,6	10,25	9,25	8,5
Luxemburg	5,7	3,0	3,5	3,5	3,0	2,8	1,4	1,5	1,75	1,75	2,3	3,3	3,25	3,75	4,0
Niederlande	2,6	3,3	3,0	3,0	2,75	1,9	2,1	2,25	2,25	2,25	6,9	6,3	5,5	5,0	4,75
Norwegen	2,4	5,3	4,0	3,5	3,5	4,0	1,3	2,5	2,5	3,0	4,6	4,9	4,25	4,0	4,0
Österreich ²	2,6	1,3	2,0	2,25	2,5	2,8	1,9	1,25	1,25	1,5	5,2	4,4	4,5	4,25	4,0
Portugal	3,1	3,0	3,0	3,0	3,0	9,3	3,2	2,0	1,75	2,0	5,9	7,3	6,5	5,75	5,0
Schweden	1,2	1,3	2,0	2,5	2,25	5,3	0,5	0,5	1,5	2,0	4,8	10,0	10,25	10,5	10,25
Schweiz	1,3	-0,2	0,5	2,0	2,0	3,1	0,8	0,5	0,5	1,0	2,0	4,7	4,0	3,75	3,5
Spanien	2,9	2,3	3,25	3,5	3,5	5,5	3,6	2,0	2,0	2,5	20,0	22,1	20,25	18,5	17,0
Industrieländer insgesamt ⁴	2,4	2,6	2,6	2,2	2,3	3,3	2,1	2,0	1,8	1,9	7,1	7,6	7,3	7,1	7,0
Westeuropa ⁴	2,2	1,7	2,5	2,6	2,7	3,9	2,3	1,9	2,1	2,1	9,2	10,7	10,9	10,4	10,0
Europäische Union ⁴	2,2	1,7	2,5	2,6	2,7	3,9	2,4	1,9	2,1	2,1	9,5	10,9	11,1	10,6	10,2
EWU ^{4,5}	2,3	1,6	2,4	2,7	2,8	3,5	2,3	1,7	1,9	2,0	9,7	11,6	12,1	11,6	11,2

¹ Griechenland, Irland, Luxemburg, Portugal: Deflator des Privaten Verbrauchs. – ² Arbeitslose in % der Erwerbspersonen, standardisierte Quoten der OECD; Österreich bis 1995: Arbeitslose in % der abhängig Beschäftigten; Dänemark, Griechenland, Österreich und Schweiz: nationale Angaben. – ³ Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise bis 1991, Arbeitslosenquote bis 1992: Westdeutschland. – ⁴ Gewichtung nach Bruttoinlandsprodukt bzw. privatem Verbrauch bzw. Zahl der Erwerbspersonen 1996; Summe der aufgeführten Länder. – ⁵ Mitgliedsländer einer großen Währungsunion. – ^a Durchschnittliche jährliche Veränderung. – ^b Prognose; Länderangaben auf viertel Prozentpunkte gerundet.

Quellen: OECD; nationale Statistiken; 1997 aufgeschätzt, 1998 und 1999: Prognosen des HWWA.

Da bei den ungünstigeren Exportperspektiven sogar eine neuerliche Rezession droht, hat die Regierung im Dezember wieder fiskalische Stützungsmaßnahmen – in Höhe von 1% des Bruttoinlandsprodukts – angekündigt. Darüber hinaus werden zusätzliche Mittel für den Bankensektor bereitgestellt, um Risiken in der Finanzsphäre entgegenzuwirken. Zudem bleibt die Geldpolitik mit weiterhin sehr niedrigen Leitzinsen stark expansiv angelegt, und die langfristigen Zinsen verharren auf einem sehr niedrigen Stand.

Die Inlandsnachfrage wird sich unter diesen Umständen wieder erholen. Während die öffentlichen Ausgaben merklich zunehmen werden, stärken steuerliche Entlastungen das real verfügbare Einkommen und damit den privaten Verbrauch. Die Investitionstätigkeit wird indes schon infolge der ungünstigeren Absatz- und Ertragsaussichten verhalten bleiben, nicht zuletzt weil von seiten der Ausfuhr wegen der Krise in Südostasien merklich geringere Impulse ausgehen werden. Im Jahresergebnis dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Produktion erneut nur geringfügig erhöhen, bei abnehmender Beschäftigung. Das Preisniveau wird annähernd unverändert bleiben.

Robuste Konjunktur in den USA

Für die USA sind die außenwirtschaftlichen Effekte auf den internationalen Leistungsaustausch, die sich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise in den fernöstlichen Schwellenländern ergeben, deutlich geringer als für Japan. Darüber hinaus befindet sich die Konjunktur auch im siebten Jahr des Aufschwungs in einer robusten Verfassung. 1997 nahm das reale Bruttoinlandsprodukt – bei nachlassender Expansion im Jahresverlauf – mit 3¼% sogar stärker zu als in jedem vorangegangenen Jahr dieses Aufschwungs. Dennoch hat sich der Preisanstieg eher verlangsamt.

Angesichts des überraschend starken Produktionsanstiegs bei hohem Beschäftigungsstand war für den Winter allgemein eine weitere leichte Zinsanhebung erwartet worden. Vor dem Hintergrund der asiatischen Turbulenzen verzichtet die Zentralbank vorerst aber auf einen solchen Schritt, zumal die Gefahr einer Beschleunigung des Preisauftriebs nicht zuletzt infolge des insbesondere aufwertungsbedingt schärferen Wettbewerbs von außen nachläßt. Die langfristigen Zinsen sind auch deshalb wieder auf ein sehr niedriges Niveau gesunken, und sie werden in diesem Jahr wohl niedrig bleiben. Die Finanzpolitik wird unverändert an einem etwa konjunkturneutralen Kurs festhalten. Die Staatsausgaben werden angesichts der günstigen Konjunktur moderat ausgeweitet, während die

Einnahmen kräftig steigen. Das Budget wird im Finanzjahr 1998 sogar einen leichten Überschuß aufweisen.

Bei diesen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wird die Inlandsnachfrage weiterhin zügig steigen, wenn auch etwas langsamer als im vergangenen Jahr. Demgegenüber werden von der Außenwirtschaft her merkliche dämpfende Wirkungen ausgehen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr voraussichtlich um 2¼% höher sein als im vergangenen. Es dürfte damit in etwa gleichem Ausmaß zunehmen wie das Produktionspotential. Die Expansion wird deshalb, unterstützt durch die Wechselkursbedingte Verschärfung des Wettbewerbs und die Verbilligung von Importen insbesondere aus Südostasien, weitgehend spannungsfrei bleiben. Die Verbraucherpreise dürften mit reichlich 2% sogar etwas weniger steigen als im Durchschnitt des vergangenen Jahres.

Zunehmende Erholung in Westeuropa

Für Westeuropa sind die außenwirtschaftlichen Folgen der Turbulenzen in Fernost angesichts der relativ geringen Außenhandelsverflechtung mit dieser Region sogar merklich kleiner als für die USA. Mit der Festigung der Konjunktur auch in Kontinentaleuropa hat sich zudem die „Störanfälligkeit“ verringert; in Großbritannien, wo der Aufschwung bereits in das sechste Jahr geht, ist sie ohnehin begrenzt. Zwar ist die wirtschaftliche Erholung in den kontinentaleuropäischen Ländern weitgehend vom Export getragen, doch auch die Inlandsnachfrage steigt seit dem Frühjahr wieder deutlicher.

Zusätzliche Unsicherheit über die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa ergibt sich durch das Näherrücken der Europäischen Währungsunion. Anfang Mai sollen wichtige Entscheidungen u.a. über die Teilnehmerländer sowie über das Umrechnungsverfahren getroffen werden. Für die Prognose wird hier – wie schon im Sommer – unterstellt, daß es fristgerecht zu Beginn des Jahres 1999 zu einer Währungsunion mit elf Mitgliedern kommen wird und daß die Währungen dann zum Leitkurs umgestellt werden. Unter dieser Bedingung wird es nach der Grundentscheidung rasch zu einer weitgehenden Angleichung der kurzfristigen Zinsen in den Teilnehmerländern kommen. Angesichts der weltwirtschaftlichen Risiken infolge der fernöstlichen Finanzkrise sowie des verhaltenen Lohnanstiegs und der – auch infolge der verschärften Konkurrenz aus den ostasiatischen Ländern (einschließlich Japan) – günstigen Stabilitätsaussichten werden die Leitzinsen in den traditionellen

Hartwährungsändern dabei kaum angehoben werden. Die Zinskonvergenz dürfte sich vielmehr durch Zinssenkungen in Ländern mit noch relativ hohem Zinsniveau – dies gilt auch nach der jüngsten deutlichen Senkung weiterhin insbesondere für Italien – vollziehen. Insgesamt wird somit die Geldpolitik auch in diesem Jahr deutlich expansiv wirken.

Zugleich lassen die dämpfenden Effekte von seiten der Finanzpolitik nach. Hatten die meisten Regierungen im vergangenen Jahr, insbesondere in den um eine Qualifizierung zur unmittelbaren Teilnahme an der Europäischen Währungsunion bemühten Ländern, einen strikten Konsolidierungskurs verfolgt, werden die strukturellen Budgetdefizite in diesem Jahr in weit geringerem Maße reduziert. Konjunkturbedingt werden sie indes weiter spürbar abnehmen. Insgesamt gehen von der Wirtschaftspolitik 1998 merkliche Anregungen aus.

Bei diesen Rahmenbedingungen dürfte sich die Investitionsneigung der Unternehmen mit der weiteren Verbesserung der Absatzaussichten und anhaltend günstiger Ertragserwartungen merklich erhöhen, und die öffentlichen Investitionen werden – nach einem teilweise deutlichen Rückgang in den letzten Jahren –

in den meisten westeuropäischen Ländern wohl wieder ausgeweitet. Auch der Private Verbrauch dürfte allmählich etwas rascher steigen, nicht zuletzt weil das real verfügbare Einkommen mit dem zu erwartenden Wiederanstieg der Beschäftigung deutlicher zunehmen dürfte. Die außenwirtschaftlichen Anregungen werden hingegen schon wegen der retardierenden Einflüsse der Krise in Südostasien merklich geringer werden; überdies werden die Impulse aus der Abwertung der europäischen Währungen gegenüber Drittwährungen, insbesondere gegenüber dem Dollar, schwächer. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr in Westeuropa um 2½% höher sein als 1997. Dabei wird die Dynamik in den großen Ländern weiter geringer sein als in den meisten übrigen westeuropäischen Volkswirtschaften. Der Preisanstieg wird nicht zuletzt infolge der verschärften internationalen Konkurrenz gering bleiben. Die Europäische Währungsunion wird also als eine Stabilitätsgemeinschaft starten, aber mit hoher Arbeitslosigkeit.

Wieder höheres Wachstum

In den Industrieländern insgesamt wird die gesamtwirtschaftliche Produktion mit reichlich 2% um annä-

Gerhard J. Mantwill (Hrsg.)

Informationswirtschaft und Standort Deutschland

Der Beitrag der Informationswirtschaft zur Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mit Beiträgen von: Carsten Becker, Willi Bredemeier und, Werner Schwuchow, Thomas Einsporn, Hans-Hagen Härtel, Wilhelm Pfähler und, Heidrun Hoppe, Arnold Picot und, Sven Scheuble, Peter Willi Prieß, Wolfgang G. Stock, Werner Zucker

Die Beiträge dieses Tagungsbandes eines HWWA-Workshops zeigen den Zusammenhang von Information und Innovation auf. Sie beleuchten die Chancen und Risiken der Globalisierung für Unternehmen und untersuchen den Einfluß der sich entwickelnden Informationsgesellschaft auf die Beschäftigung. Der Band wendet sich an Manager von Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verwaltungen, zu deren Aufgaben das Wissensmanagement gehört, aber auch an die Politik mit Empfehlungen zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Deutschland.

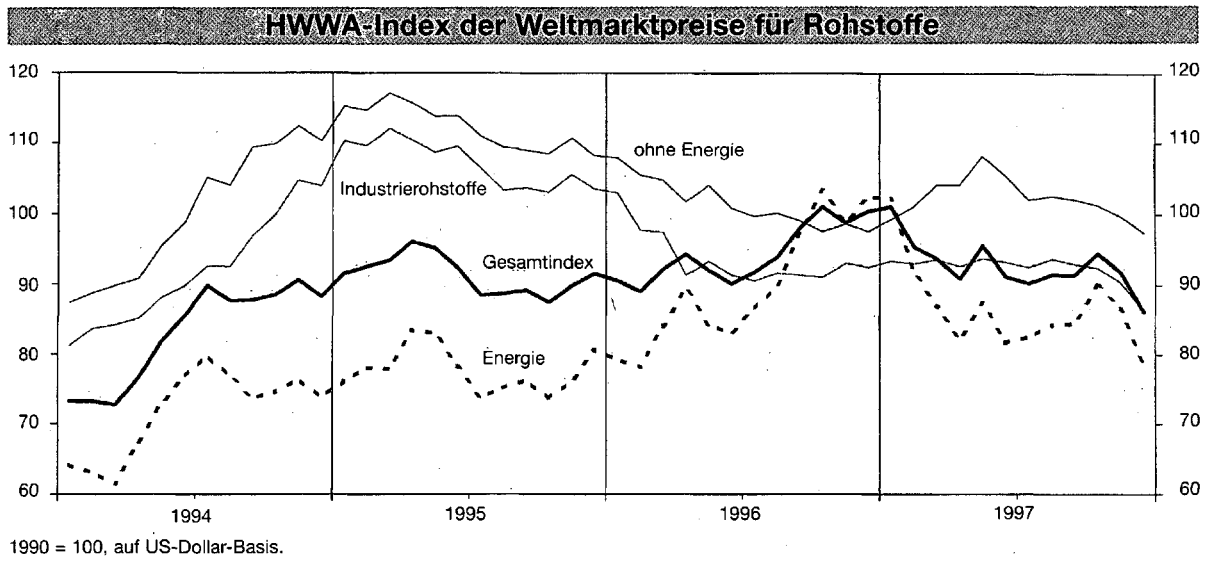
1997, 198 S., brosch., 49,- DM, 358,- öS, 45,50 sFr, ISBN 3-7890-5004-0
(Veröffentlichungen des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg, Bd. 37)

 **NOMOS Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden**

hernd einen halben Prozentpunkt weniger zunehmen als im Sommer prognostiziert. Dies ist weitgehend Folge der zu erwartenden ungünstigeren Entwicklung in Japan. Die Verbraucherpreise werden sich ebenfalls schwächer erhöhen. Die Produktion in der Welt insgesamt wird sich vor allem infolge der Wachstumschwäche in Ostasien wohl nur noch um 3% gegenüber 1997 erhöhen. Entsprechend ist die Prognose für den Welthandel zu revidieren. Er dürfte 1998 um 6% steigen, also um fast zwei Prozentpunkte weniger als Mitte 1997 angenommen. Vor diesem Hintergrund werden die Rohstoffpreise nochmals sinken, wenn auch nicht so deutlich wie 1997.

Bei der hier angenommenen Eindämmung der Finanzkrise in Südostasien dürfte sich die weltwirtschaftliche Expansion im Jahre 1999 wieder verstärken. In den asiatischen Krisenländern werden die

dämpfenden Wirkungen der umfangreichen Anpassungsprozesse dann nachlassen. Die Inlandsnachfrage dürfte sich aber angesichts der gravierenden Probleme, die sich – ähnlich wie bisher schon in Japan – aus der hohen Verschuldung des privaten Sektors, dem starken Vermögensverfall und einem fragilen Finanzsystem ergeben, nur mäßig erholen. Dies wird auch die wirtschaftliche Erholung in Japan weiterhin erschweren; sie dürfte 1999 noch verhalten sein. In den USA und in Westeuropa wird sich die gesamtwirtschaftliche Expansion bei einer dann eher konjunkturalneutralen Wirtschaftspolitik etwa im Tempo dieses Jahres fortsetzen. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in den Industrieländern 1999 wieder um 2¼% zunehmen, und das Preisniveau wird sich etwas deutlicher als in diesem Jahr erhöhen. In der Welt insgesamt wird die Zuwachsrates 3 bis 3½% betragen.



HWWA-Index mit Untergruppen*	1997	Juni 97	Juli 97	Aug. 97	Sept. 97	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97
Gesamtindex	92,7 (-1,7)	91,1 (1,1)	90,2 (-1,7)	91,4 (-2,6)	91,4 (-6,9)	94,5 (-6,5)	91,8 (-7,1)	86,1 (-14,3)
Gesamtindex, ohne Energie	102,8 (0,8)	105,4 (4,5)	102,0 (2,3)	102,6 (2,4)	102,1 (3,0)	101,3 (3,8)	99,8 (1,2)	97,5 (-0,2)
Nahrungs- und Genußmittel	132,0 (12,5)	141,7 (9,8)	130,4 (2,7)	129,2 (2,8)	129,3 (5,9)	127,7 (9,1)	127,9 (10,8)	130,9 (15,8)
Industrierohstoffe	92,3 (-1,5)	93,1 (2,0)	92,5 (2,1)	93,6 (2,2)	92,9 (1,7)	92,4 (1,5)	90,3 (-2,8)	86,2 (-6,8)
Agrarische Rohstoffe	92,6 (-3,5)	92,2 (-0,6)	91,5 (-2,1)	92,8 (-2,3)	94,1 (-1,9)	94,6 (-2,1)	92,4 (-4,6)	87,7 (-8,2)
NE-Metalle	89,8 (2,0)	93,5 (8,5)	92,6 (12,5)	93,7 (13,4)	88,8 (10,5)	86,3 (10,0)	83,5 (-1,8)	78,9 (-8,4)
Energierohstoffe	86,5 (-3,5)	81,8 (-1,5)	82,5 (-4,7)	84,2 (-6,2)	84,4 (-13,4)	90,0 (-12,9)	86,6 (-12,4)	78,7 (-23,2)

* 1990 = 100, auf US-Dollar-Basis, Periodendurchschnitte; in Klammern: prozentuale Änderung gegenüber Vorjahr.

Für Nachfragen: Tel. 040/3562-316/320